

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher S.-Zl. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Zusammenkunft von Romsey

Beseitigung der wirtschaftlichen Alpen Europas

F. K. Seit Jahr und Tag bemüht sich der Völkerverbund um die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker. Während ober seine Wirtschaftskonferenzen noch über das Wie grübeln und reden, sind die Herren der Wirtschaft, die Großindustriellen, schon mitten im Handeln. Am 30. September schlossen sie in aller Form die internationale Rohstahlgemeinschaft, am 9. und 10. Oktober waren von ihnen zehn deutsche und zwölf englische Vertreter im Landhaus des englischen Verkehrsministers Ashley zu Romsey beisammen, um über die Möglichkeit einer zwischenstaatlichen Regelung der Produktion wie des Absatzes zu beraten. Daß das Tun der Großindustriellen nicht von der Wohlfahrt der Arbeiter oder Verbraucher, sondern vom Orange nach mehr Profit bestimmt wird, bedarf keines Beweises.

Über das Ergebnis der Zusammenkunft in Romsey hat in der europäischen Presse ein allgemeines Kläffkrachen begonnen, das noch lustig weitergeht. Viel ist dabei, soweit wir uns zu vergewissern vermögen, noch nicht herausgekommen. Die Konferenzteilnehmer selbst hüllen sich in Schweigen. Die von ihnen veröffentlichte Verkaufsanzeige besagt bloß, daß sie lediglich als Privatleute einen Gedankenaustausch über die deutsch-englische Wirtschaftslage gepflogen und einen Überblick über die Möglichkeit einer internationalen Zusammenarbeit zu gewinnen getrachtet hätten. Die Hauptaufgabe der Konferenz sei eine Betrachtung der Ausichten gegenseitiger Hilfe für den Wiederaufbau einer blühenden Industrie Europas gewesen. Beiderseits das Mißverhältnis zwischen Produktions- und Kaufkraft der meisten Länder sei betont worden.

Die gewundene Sprache der Verkaufsanzeige läßt annehmen, daß sich ihre Verfasser redlich bemüht haben, möglichst nichts zu offenbaren. Allerdings spricht auch manches dafür, daß sie überhaupt nichts Bestimmtes mitzuteilen haben. Denn angesichts des bisherigen Verhältnisses zwischen der deutschen und der englischen Industrie, zwischen den zwei großen Wettbewerbern, kann eine erste Zusammenkunft kaum mehr als ein gegenseitiges Befühlen gewesen sein, was natürlich nicht ausschließt, daß man in Einzelfällen schon etwas weiter gekommen ist. Von dem verheißungsvollen Verlauf der ersten Besprechung zeugt der Bericht, bald eine zweite in Berlin folgen zu lassen.

Die Zusammenkunft von Romsey ist das Ergebnis eines vierjährigen Sondierens und Strebens. Die Hemmnisse scheinen mehr von der englischen Seite gekommen zu sein. Die individuelle Einstellung der Fabrikanten, die organisatorische Unverbundenheit der Unternehmungen in Industrie und Handel, die Politik des Freihandels, der ziemlich gesicherte Absatz in dem riesigen Gebiete des britischen Weltreichs — das alles und noch anderes mehr mag auf englischer Seite die Beneigntheit zu internationalem Zusammenwirken verzögert haben. Allein, die Not lehrt beten. Die englische Industrie befindet sich seit Jahren in einer wenig beneidenswerten Lage. Deren Schlimmheit läßt sich leicht an der Arbeitslosigkeit erkennen, die seit einigen Jahren sehr hoch und fast unveränderlich ist. Dazu noch der Bergarbeiterausstand als schwerster Schlag für die englische Wirtschaft. Er nimmt ihr nicht nur das „ideale Ausfuhrgut“, die Kohle, sondern wirkt sich für viele Gewerbe katastrophal aus. Auch wenn sich die nächsten Jahre ganz günstig gestalten, würde es für die englische Industrie äußerst schwer, schier unmöglich sein, die Verluste daheim wie auf dem äußeren Markt wieder auszugleichen.

Diese Laufsache wird durch eine Betrachtung der Umwelt handgreiflich gemacht. Die deutsche Industrie ist über ihren Lebensstand hinweg; sie hat sich auf Kosten des Staates, der heimischen Verbraucher und der Arbeiterschaft technisch wie organisatorisch mächtig verbessert, so daß sie noch mehr als zehnfach zum gefährlichsten Wettbewerber geworden ist. Und sie wird durch die Verpflichtungen, die der Dawesplan Deutschland auferlegt, gezwungen, immer mehr auszuführen, was auf eine Bedrängung und Unterdrückung Englands auf dem Weltmarkt hinausläuft. Zu dieser Möglichkeit kommt die Inflation anderer Industriestaaten, wie Belgien, Frankreich, die Tschechoslowakei, die vermöge ihrer Geldentwertung billiger als England für den äußeren Markt liefern und vom Auslande wenig kaufen können. Überdies sieht sich die englische Industrie rings von Schutzollmauern umgeben, über die sie ihre Waren nur in beschränktem Maße hinwegbringen kann.

Andererseits haben natürlich auch die Industrien des europäischen Festlandes ihre Sorgen, die in dem Maße zunehmen, als die englische aus ihrem jetzigen Engpaß herauskommt. Doch die große, allen europäischen Industrien gemeinsame Sorge bildet Nordamerika. Obwohl dieses Land nur ein Sechstel der Erdbevölkerung birgt, erzeugt es jetzt schon von einer Reihe wichtiger Waren fünf bis neun Zehntel der Weltförderung. Und es kann die Fördermengen leicht noch beträchtlich steigern, da wesentliche Teile seines Produktionsapparates bis zu einem Drittel nicht ausgenutzt sind. Bis jetzt konnte Nordamerika seine ständig wachsenden Warenberge nahezu ganz auf dem Innenmarkt absetzen, weil es dank der Verallgemeinerung und Erleichterung der Kartenzahlung und besonders durch eine stete Erhöhung des Reallohnes nicht an Äußern fehlte. Doch die Produktionsfähigkeit ist noch rascher als die Absatzmöglichkeit gewachsen. Selbst alle Gerissenheit der Geschäftsreisenden ist je länger desto weniger imstande, die mächtig anschwellenden Warenmengen abzugeben. Ganz außer Achtelung davon, daß über kurz oder lang der Verkauf auf Kredit — der 1925 fünf Milliarden und 1926 je sechs Milliarden Milliarden Dollar betragen wird — ins Stocken geraten muß. Diese Wahrscheinlichkeit, verbunden mit der Zu-

nahme der Produktionsfähigkeit, bildet „die ernsteste Wirtschaftsfrage“ Nordamerikas. Und, wie man getrost hinzufügen kann, der Industrien Europas. Es kann als sicher gelten, daß die amerikanischen Industrien nicht tatenlos am Hudson sitzen und Trübsal blasen werden, sondern sie werden die daheim unerbittlichen Erzeugnisse auf den Weltmarkt werfen. Sie dürften die Preise so niedrig setzen, daß sie über die Zollmauern hinwegkommen und die europäischen Industrien vor dem heimischen Markt und noch sicherer von den anderen verdrängen.

Angesichts solch trüber Wahrscheinlichkeit ist die wachsende Neigung der europäischen Industrien zur Zusammenarbeit wohl verständlich. Da das Wort Kartell den englischen Industriellen verdächtig klingt, hat man die Bezeichnung Verständigung gewählt. Diese geht nun dahin, jede nationale Industrie Herr ihres heimischen Marktes bleiben zu lassen, die andern Gebiete aber planmäßig unter den Beteiligten aufzuteilen. Jede der Industrien soll einen bestimmten Anteil an den freien (nichtproduzierenden) Gebieten erhalten, und wenn darin eine Industrie mehr als ihren Teil absetzt, soll sie einen gewissen Betrag in eine gemeinschaftliche Kasse entrichten, woraus sie, wenn sie weniger absetzt, entschädigt wird. Das ist das Ideal der geistigen Väter der Konferenz von Romsey.

Nun ist freilich der Weg vom Ideal bis zu seiner Verwirklichung meist ein weiter, und in diesem Falle ein schwieriger. Denn sie jetzt für jede nationale Industrie eine landweite Organisation (Kartellierung) voraus, eine solche aber ist vorerhand hauptsächlich nur in Deutschland vorhanden. Immerhin sind einzelne Industrien oder Zweige allerwärts schon gut untereinander verbunden, so daß in diesen die Zusammenarbeit einsehen kann und auch schon eingeleitet hat.

Das hohe Ziel des zu Romsey begonnenen Zusammenwirkens aber ist, die „wirtschaftlichen Alpen Europas“, die Zollmauern zu beseitigen und eine Vereinigung der Wirtschaftsstaa ten Europas zu schaffen. Jeder Industrie den heimischen Markt mehr oder weniger gut zu sichern und den Nutzen günstiger sowie den Schaden schlechter Zeiten des Weltmarktes allen Beteiligten zuteilkommen zu lassen, das war, wenn man einem großen Londoner Blatte glauben darf, der Hauptzweck der Konferenz.

Die in Romsey begonnene Bestrebung wirft verschiedene höchst wichtige Fragen auf. Bislang war es Sache der Regierungen, solche Besprechungen zu veranstalten und solche Pläne zu entwerfen und durchzuführen. Wenn auch angenommen werden kann, daß beide Teilnehmergruppen nicht ohne Einverständnis ihrer Regierungen waren, so muß doch gefragt werden, inwiefern der deutschen Regierung ein maßgebender Einfluß auf die Verhandlungen gesichert bleibt. Den Industriellen eine Sache von demmaßen gewaltiger Bedeutung für Verbraucher und Arbeiter überlassen, hieße beide in des Teufels Küche bringen. Diese Gefahr besteht hinsichtlich der einzelindustriellen wie der gesamtindustriellen Abmachungen, wie sie zu Romsey zutage traten. Welches immer die Ziele und Ergebnisse solcher Verständigungen sind, die öffentliche Kontrolle ist unbedingt notwendig. Obneben können die nach Erleichterung stehenden Völker bestimmt vom Regen in die Traufe. Hier erwacht den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterschaft eine Aufgabe, die nicht ernst genug genommen werden kann.

Immer sachlich

In Mannheim hat sich ein Skandal ereignet, der selbst in unserer heutigen Zeit ein größeres Aufsehen erregen sollte, als er es bisher getan hat. An der dortigen Handelshochschule lehrte seit 16 Jahren der (politisch der Zentrumspartei angehörige) Professor Mayr. Dieser hat vor ein paar Monaten in einem gegen eine rheinische Bank gerichteten Zivilprozeß ein gerichtliches Gutachten abgegeben, worin er die Forderung von 6 vZ Zinsen den Tag (das heißt 1800 bis 2000 vZ im Jahr!) als Wucher, Räuberei, Verbrechen bezeichnete. Darüber hat die Bankenvereinigung für Rheinland und Westfalen sich bei der Handelshochschule beschwert, und deren Kuratorium hat daraufhin den Anstellungsvertrag des Herrn Mayr — gekündigt und seine Vorlesungen bereits für dieses Winterhalbjahr einstellen lassen. Selbstverständlich nicht wegen des Inhalts seines Gutachtens — das wäre ja ein Eingriff in die Lehr- und Meinungs-freiheit, deren sich ein hohes Kuratorium niemals schuldig machen würde —, sondern wegen dessen Form; nur weil das Gutachten „die hohe Sachlichkeit vermissen lasse“, die man von einem gerichtlichen Gutachter und zumal von einem Hochschullehrer verlangen müsse, und weil dadurch das Ansehen der Hochschule geschädigt sei. Das Kuratorium besteht aus Vertretern der Stadt Mannheim (der Oberbürgermeister führt den Vorsitz), des badischen Unterrichtsministeriums, der Universität Heidelberg und „einiger wirtschaftlicher Organisationen“ (wird heißen Handelskammer usw.).

Wir haben unter Wilhelm gewiß manches erlebt. Wir haben es damals zum Beispiel erlebt, daß man einen Hochschullehrer nicht zuließ, weil er sich offen als Sozialdemokrat bekannte. Aber daß man einen Hochschullehrer — noch dazu einen, der schon ein halbes Menschenalter im Amt war — davonjagte, weil er wegen schwierigen Profitmandatens bestimmte Kapitalistengruppen vor den Bach stieß, und daß man das noch ganz offenbar unter dem Kommando eben dieser Kapitalistengruppen tat — das ist, soweit wir uns erinnern, unter Wilhelm denn doch nicht vorgekommen.

Die Sache hat nun nicht nur eine ideale, sondern gerade für die Gewerkschaften auch eine höchst praktische Seite. Und zwar deshalb, weil die Urheber jener Brutalität, die Banken, sich gegenwärtig in einem Lohnkampf mit ihren Angestellten befinden. In einem Lohnkampf, worin sie sich derselben fühlen „Sachlichkeit“ befleißigen, die sie bei Herrn Professor Mayr angeblich so schmerzlich vermissen haben. In der Tat, genau so, wie sie es dem Professor als schweres Verbrechen ankreideten, daß er gegenüber einer frechen Ausplünderung durch Wucherzinsen in Zorn und Empörung geriet, genau so lehnen sie es ab, die Folgen der niedrigen Löhne sowie der Brotlosmachung ihrer Angestellten irgendwie menschlich und persönlich zu betrachten. Schon sind massenweise Bankangestellte entlassen, weil die Banken ihre „Unkosten“ verringern wollen. Aber — so verkündet eine im Berliner Börsen-Courier veröffentlichte Zeitschrift aus Bankierkreisen — das sind noch lange nicht genug. „Die Bestrebungen der Banken nach einem Abbau der Unkosten dürften auf die Dauer kaum durch nicht rein sachliche Momente in Frage gestellt werden.“ Jeder Arbeiter sollte sich nicht nur den Latbestand, sondern auch die heuchlerische Ausdrucksweise tief ins Gedächtnis graben: „rein sachlich“ ist das Streben, den Reingewinn der Banken zu erhöhen, damit die Aktionäre und die Ausschüßräte fürs Nichtstun immer noch mehr kriegen. Nicht „rein sachlich“ ist die Rücksicht darauf, daß die Bankangestellten bei ihren jetzigen Löhnen mit Weib und Kindern hungern, im Fall der Entlassung aber verhungern müssen. Das versteht das Kapital unter „Sachlichkeit“.

Aber ist das nicht übertrieben? Ist das nicht demagogische Aufbejeherei? Es handelt sich doch um die Bankangestellten, um Leute, die es noch vor gar nicht langer Zeit von sich gewiesen hätten, als Proletarier zu gelten, und die auch heute noch wahrscheinlich mehr haben als irgendein Schlosser oder Maurer.

In der Frankfurter Zeitung stand am 9. Oktober eine Zeitschrift des Reichsverbandes der Bankleitungen zu lesen, worin unter anderem wirklich die höhere Entlohnung der Bankbeamten gegenüber anderen Angestellten ins Feld geführt wird. Und wie gegen diese höchsten Entlohnungen aus? Sie gehen von 212 bis 336 M den Monat, die mittlere Gruppe bekommt 274 M. Dazu je 20 M für die Frau und jedes Kind unter 18 Jahren. Sagen wir also 330 M im Monat oder ungefähr 75 M die Woche. Allerdings ein Einkommen, wie es wohl kein Arbeiter so leicht erreicht. Aber man denke daran, daß ein Bankbeamter immer „anständig“ gekleidet gehen muß und daß ein einziger betatteter Anzug heute 150 bis 200 M kostet (gegen etwa 60 M vor dem Kriege). Überhaupt, unsere Leser erinnern sich aus früheren Verhandlungen, daß selbst nach den zweifelhaften Angaben der amtlichen Statistik mit 75 M nur eben gerade der proletarische Mindestbedarf einer Woche heutzutage gedeckt werden kann. (Kosten der Nahrung 1913 für Mann, Frau und zwei Kinder 25 M pro Woche, sonstiger Bedarf 20 M = 45 M; dies um 40 vZ verteuert, macht heute 74 bis 75 M.) Die „höchstbezahlten“ Bankbeamten haben also nur eben gerade soviel, wie sie zum Notwendigsten brauchen, und der Vergleich beweist weiter nichts, als daß sie zu wenig, alle andern aber viel zu wenig haben.

Aber können denn die Banken mehr zahlen? Zwar gibt der Reichsverband zu, „daß die allgemein günstigere Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse auch dem Bankgewerbe zugute gekommen ist.“ Aber — wie wir das schon in so vielen anderen Erwerbszweigen gesehen haben — die Arbeiter und Angestellten sollen von der besseren Konjunktur nichts abtragen. Denn die „Gewinnmöglichkeiten“ sind ach gar so gering!

Wenn wir indessen die Jahresabschlüsse 1925 betrachten, so sehen wir, daß von den sieben Berliner Großbanken drei je 8 vZ und die anderen vier je 10 vZ Dividende verteilt haben. Es muß also doch ein ganz hübscher Gewinn dagewesen sein. Denn die Dividende ist ja nur ein Teil des Reingewinns. Der andere wird hinter Laubhüllen für Ausschüßräte und Direktoren, hinter Reserven, Abschreibungen usw. versteckt, und in solchem Versteckspiel haben die Bankleitungen seit dem Kriege eine große Übung erlangt, wie man sich aus der Fachpresse leicht überzeugen kann.

Der Vorgang zeigt demnach, daß das Kapital den Angestellten, die es selbst heute noch gern als seine „Mitarbeiter“ bezeichnet und von den übrigen Proletariaten trennen möchte, genau so brutal entgegentritt wie den Handarbeitern. Natürlich nur um der „Sachlichkeit“ willen. S y l u s.

So treibens die Unternehmer

Als die Regierung Luther im Herbst 1925 ihren Kampf gegen die Preistreiber ankündigte, lächelten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse darüber. Heute weiß auch jeder Laie, daß die damals mit so großen Worten angekündigte Preistreiberaktion verpufft ist. Eine Schicht jedoch hat von dieser Aktion gebührend Notiz genommen, die Unternehmer nämlich. Sie begannen mit der Senkung der Löhne. Diese müßte vorausgehen, sollte die Senkung der Preise möglich sein. Wir wollen an dieser Stelle nicht auf das Verheeren dieses Laus eingehen. Tatsache ist, daß die Unternehmer mit mehr oder weniger Erfolg, je nach der Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft, die Lohnsenkung durchführten. Daß selbst Schlichtungsorgane ihre Hand dazu boten, braucht hier nicht betont zu werden. Fest steht, daß sowohl direkt wie indirekt das Lohnsinken gekürzt wurde. Worde wurden bis zu 40 vZ gedrückt. Auf Beschwerden antworteten die Unternehmer oder ihre Schöblinge, der Wettbewerb gebiete dies, die Preise der Produkte müßten gesenkt werden.

Unterjochen wir einmal, was Wahres daran ist. Nicht Senkung der Preise, sondern Erhöhung der Profite war und ist das Ziel. Was beachte nur das in den letzten Monaten zu verzeichnende Emporschnellen der Industriekurven. Steigerungen bis 100 vZ sind nicht selten. Auf der andern Seite erhebliche Kürzung der Städtelöhne, was gleichbedeutend mit Schwächung des Einkommens oder Minderleistung der Arbeiter ist. Hand in Hand damit gehen die technischen Verbesserungen, die Einführung der Hand- und Fließarbeit, wodurch teilweise eine Verdoppelung des Ertrages erzielt wird. Die Voraussetzung zur Verdopplung des Produkts ist also gegeben. Wie steht nun die Wirtschaft

aus? Zwei Beispiele möchten wir nur anführen: Am 1. Oktober 1925 kosteten zwei Arten von Nähmaschinen 183 und 220 M., am 1. September 1926 kosteten die gleichen Maschinen immer noch 183 und 220 M. Am 1. Oktober 1925 kostete ein Fahrrad 130 bis 180 M., das gleiche am 1. September 1926 immer noch 130 bis 180 M.

Wo bleibt da nun der in allen Ecken verkündete Preisabbau? Begrüßen nun die Arbeiter, daß die von den Unternehmern gemachten Vorstellungen, daß der Lohn- und Abordobau mit notwendig sei zur Herabsetzung der Preise, eitel Gestank war und nur gemacht wird, um ihren Profit zu erhöhen?

Es gibt nur einen Weg zur Gesundung unserer Wirtschaft, nämlich das Einkommen der Massen zu heben, um sie kaufähig zu machen. Und die Erhöhung des Einkommens kann nur erreicht werden durch eine wohlorganisierte Masse. Auf die Ohnmacht der Gewerkschaften schimpfen, nützt nichts. Sondern die Gewerkschaften müssen gestärkt werden durch Masseneintritt, um den Unternehmern bei Lohn- und Abordobau Widerstand entgegenzusetzen und bessere Löhne erringen zu können. Schimpfen kann jeder Esel, zum Arbeiten für die Organisation aber braucht man Männer mit Mut, Lastrast u. Überzeugung. Man sollte meinen, daß heute die ganze Arbeiterklasse wisse, was auf dem Spiele steht. Heute, wo der Abbau in den Betrieben gewaltigen Umfang angenommen, wo Millionen nach Beschäftigung rufen, soll dem Arbeiter beigebracht werden, daß er knecht ist. Deshalb unser Kampf um eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, wie es im kommenden Winter werden wird. Wohl hat der Reichstag auf Drängen der sozialdemokratischen Partei ein Notstandsprogramm angenommen. Wird er es aber auch verwirklichen? Es bedarf des steten Drängens der sozialdemokratischen Partei und des ADGB, sonst vergessen die bürgerlichen Parteien ihren guten Voratz. Die Arbeitslosigkeit, besonders in der Metallindustrie, nimmt noch eher zu als ab, wie eine Untersuchung ergibt, die der ADGB in Karlsruhe durchgeführt hat. Sie ergibt:

Von 110 erfassten Betrieben mit 5 bis 2500 Beschäftigten waren am 1. September 1926

vollbeschäftigt	44 Betriebe mit 4800 Beschäftigten
teilweise	30 " " " " " " " "
stillgelegt	16 " " " " " " " "
Arbeitslos arbeitend:	
1 bis 8 Stunden in 16 Betrieben mit 2427 Beschäftigten	
9 " 16 " " " " " " " " " "	2538 " "
17 " 24 " " " " " " " " " "	3700 " "
25 und mehr " " " " " " " " " "	50 " "

Von der Gesamtzahl der 13615 Beschäftigten arbeiten nur 4800 oder ein gutes Drittel voll, während zwei Drittel verkürzt arbeiten und meistens kaum das Nowendigste verdienen.

Wie verändernd jedoch die Krise wirkt, geht aus folgenden Zahlen hervor. In den obengenannten 110 Betrieben waren beschäftigt am 1. September 1925 17815 männliche, 1615 weibliche und 1443 Lehrlinge, am 1. September 1926 aber nur noch 12145 männliche, 767 weibliche und 1347 Lehrlinge. Dazu kamen am 1. September 1925 2430 Angestellte, 189 höhere Beamte und 56 Direktoren, am 1. September 1926 bloß noch 2009 Angestellte, 179 höhere Beamte und 54 Direktoren. Anders ausgedrückt, von der Arbeiterklasse waren 31,68 v. H. von den Angestellten 13,94 v. H. entlassen worden. Während jedoch innerhalb dieses Jahres in der Metallindustrie Mittelstands 6515 Arbeiter und Arbeiterinnen, dann 361 Angestellte und 10 in höherer Stellung sich bei. liche Angestellte abgebaut worden waren, hatte sich die Zahl der Direktoren stellen nur um zwei verringert. Da sage noch einer, die Betriebe legten nicht ihr Hauptaugenmerk auf die Verringerung der Produktionskosten! Es dünkt uns an der Zeit, daß in den Betrieben endlich angefangen wird, oben zu säubern. Dieser Standpunkt wird nicht bloß von der Arbeiterklasse, sondern auch von einflussreichen Wirtschaftsführern vertreten. Wir erinnern nur an die Ausführungen des Syndikus Dr. Schäfer in Nr. 723 der Frankfurter Zeitung. Die "geipart" wird, dafür aus der Hülle unserer Sammlung ein Beispiel: Ein Betrieb im Karlsruher Bezirk hatte in der Friedenszeit eine Belegschaft von 12000 Mann. Geleitet wurde er von zwei Direktoren und einem Betriebsleiter. Heute beschäftigt der Betrieb noch kaum 3000 Mann, aber er hat einen Generaldirektor mit 160000 M., einen Direktor mit 60000 M., einen Direktor mit 30000 M., einen juristischen Berater mit 12000 M. und einen kaufmännischen und einen technischen Betriebsleiter mit je 8000 M. Jahresgehalt. Das macht zusammen allein an Jahresgehalt für Direktoren und Betriebsleiter 278000 M. Solche Zustände können zum Himmel, um so mehr als es sich hier nicht um Ausnahmen handelt. Angesichts solcher hässlicher Zustände kann es nicht wundernehmen, daß die Preise nicht sinken. Die Kontrolle der Unternehmer sorgen schon dafür, daß die Preise so gehalten werden, daß noch der unrentabelste Betrieb Gewinne erzielt. Von der Reichsregierung wurde ja dieser Tage erneut durch den Mund des Wirtschaftsministers ein Kampf gegen Kartelle und Preisverminderungen angekündigt. Ob er damit bei irgend jemand Glauben erweckt? Die deutsche Arbeiterklasse hat schon zu viel schöne Worte von Regierungskreisen gehört, ohne daß Tatsachen folgten. Es gibt nur einen Weg, aus diesem Elend herauszukommen, und dieser ist: Nationalisierung der Betriebe und gleichzeitige Herabsetzung der Preise. Die Nationalisierung muß eine Erhöhung des Einkommens der Arbeiter bringen. Die Verbilligung der Produktion und die damit verbundene Preisherabsetzung ergibt im In- und Ausland einen größeren Absatz, der im Inland noch gesteigert wird durch Erhöhung der Löhne und die damit verbundene größte Konsumfähigkeit der Massen. Also nicht zur Verringerung der Beschäftigten die Nationalisierung in den Betrieben führen, sondern zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Massen. Daß die Unternehmer dies nicht freiwillig tun, ist sicher; deshalb müssen sie dazu gezwungen werden. Dies wiederum ist nur möglich durch Klaffung der Massen und Zusammenfassung in der politischen und wirtschaftlichen Organisation. Im politischen Kampf sind die Grundlagen zu schaffen, um den Aufstieg der Arbeiter und Angestellten zu ermöglichen. Im gewerkschaftlichen Kampf müssen sich Arbeiter und Angestellte ein Mittelbestimmungsrecht beim Verkauf ihrer Arbeitskraft erringen.

Metallarbeiter!

Kämpfen kannst Du nur, wenn Du nach allen Seiten gerüstet bist!

Das Ringen um Freiheit und Leben ist ein doppelter Kampf, politisch und wirtschaftlich. **Nur Gewerkschafter sein, heißt nur ein halber Kämpfer sein!** Die Gewerkschaft kann nicht Deinen politischen Kampf führen, den führt für Dich stets nur die **Sozialdemokratische Partei**

Darum werde dort Mitglied und lese auch die **Sozialdemokratische Presse,** damit Du stets für den Kampf gerüstet bist!

Nur mit einer starken so. listischen Partei und einer mächtigen Gewerkschaft wirst Du siegreich sein!

Rationalisierung im Gewerkschaftswesen

Dem ADGB wird und geschieht: Als einen ersten Versuch auf dem Gebiete der einheitlichen Verwaltung arbeitete der Bundesvorstand im Laufe des Jahres 1925 das Einheitsmitgliedsbuch aus, das den Beisitz der überwiegenden Mehrheit der Verbände fand und nach den neuesten Feststellungen bereits von 15 Verbänden eingeführt, aber im kommenden Jahre von 27 Verbänden mit etwa 3,2 Millionen Mitgliedern bereits in Benutzung genommen sein wird. Bei Überritten zu einem anderen ADGB-Verband wird nun das Mitgliedsbuch nicht gewechselt, sondern nur der Übertrittsvermerk eingetragen. Der innigen Verbindung mit der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation, der Zugehörigkeit zu einer größeren Einheit als dem Einzelverband, gibt das Einheitsbuch sichtbaren Ausdruck.

In der Sitzung am 9. Dezember 1925 stimmte der Bundesausschuss einem Antrage des Hauptgewerksbundes zu, der eine weitergehende Vereinfachung der Verwaltung des gesamten Formularwesens, der Beitragsleistung und der Unterstützungsantragstellungen verlangte. Mit der Prüfung und Durchführung dieser Aufgabe wurde gleichzeitig eine Kommission beauftragt, die gebildet ist aus je einem Vertreter der Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Landarbeiter, Textilarbeiter, Buchdrucker, Baugewerks- und Verkehrsband und einem Vertreter des Bundesvorstandes des ADGB. Die Kommission konnte erfolgreiche Arbeit nur leisten, wenn zuvor eine genaue Übersicht über das gesamte Gebiet durch Vornahme umfangreicher Erhebungen durch die Einzelverbände gewonnen war.

Ihre ersten Vorschläge unterbreitete die Kommission den Verbänden in Form von Richtlinien über folgende Teilgebiete:

1. Einheitliche Regelung des Beitragsgebüdes,
2. Beitragsleistung und Beitragsmarken (Doppelwertmarke mit Wertangabe für Haupt- und Nebenkassenbeitrag),
3. Unterstützung gemahnter Mitglieder.

Abgesehen von geringen Einwendungen stimmte die Mehrzahl der Verbände mit der überwiegenden Zahl der dem ADGB angeschlossenen Mitglieder der vorgeschlagenen Regelung zu. Der Bundesausschuss, dem die Kommission in der Sitzung am 5. Oktober d. J. Bericht erstattete, beauftragte die Arbeiten der Kommission, so daß namentlich die Leitungen der Einzelverbände und die kommenden Verbandstage zu den Vorschlägen der Kommission Stellung nehmen werden. Die beschlossene Anweisung der Vorschläge durch den Bundesausschuss ist nicht gleichbedeutend mit deren sofortiger Durchführung, sondern den Verbänden ist damit eine Übergangszeit eingeräumt worden, in der die Richtlinien zum Gewerkschaftsrecht werden sollen.

Somit ist ein sehr entscheidender Schritt zu einem vollkommeneren Ausbau der Einzelverbände wie der Gesamtorganisation getan worden, dem weitere folgen werden.

Erhöhte Kampfkraft, Vermehrung des Einflusses der Arbeiterklasse auf Wirtschaft und Staat durch zielbewusste Konzentration der Gewerkschaftsbewegung ist auch hier allein das Ziel der Verwaltungsreformen innerhalb der Gewerkschaften.

Einer, der über die hohen Arbeiterlöhne flagt

Ein Generaldirektor einer Verkaufsvereinigung der deutschen Pappfabrikanten sah die Gefahr für die deutsche Wirtschaft in den hohen Arbeiterlöhnen, Achtundzwanzig, Soziallöhnen und Arbeiterrenten. Selber bezog dieser Herr an Provisionen im Jahre 1923 rund 15 000 M., dies stieg im folgenden Jahre auf 22 000 M. und erreichte im letzten Jahre die Riesenzahl von 120 000 M. Dazu kam aber noch ein festes Gehalt von 21 000 M. Also den Jahresverdienst von rund 70 Arbeiterfamilien braucht ein solcher Mensch, um "standesgemäß" leben zu können. Um diese Riesenzahl aus der Produktion herauszuschöpfen zu können, mußte mit 100 Arbeiterfamilien das Jahreseinkommen um 120 M. gekürzt werden. Solche Beispiele kennzeichnen am besten die kapitalistische Gesellschaft mit ihren großen Industriemännern.

Ein angeblicher Helferrich. Eine angebliche Mittelschicht zeigte folgenden an: Gegen Entlohnung von 1 M. erhalten Sie einen Handkoffer, einen Hosenhalter und eine alte Lithographie. Die zahlreichen Empfänger erhielten für ihre Part eine Kängade, einen Hosenhalt und eine alte gestempelte Briefmarke. Der Berliner Volksbericht sagt der Angeige bei, der Bauer sei gekocht. Er wird sicherlich gehörig

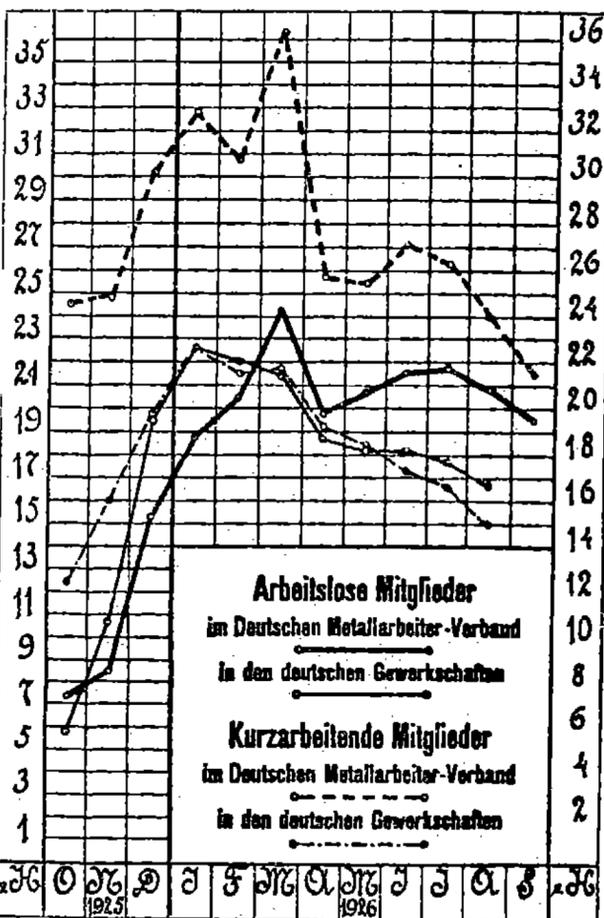
vermacht werden. Geschieht ihm ganz recht. Seine Buntelchneiderei ist viel zu klein, als daß sie ungerochen bliebe. Er hätte das Geschäft in der Größe betreiben müssen, die Helferrich bei der Kriegsrente — das "sicherste Papier!" — entfaltete, er wäre nicht nur ungelocher geblieben, sondern wäre auch als deutschnationaler Mann hoch geehrt worden.

Der Konsumverein verhindert Preisstreik. Die Vätermeisterinnung für den Oberamtsbezirk Leonberg hat einem Beschlusse des württembergischen Väterinnungsverbandes auf Preisstreikschlag nicht entsprochen, obwohl die auch zur Leonberger Väterinnung gehörigen Vätermeister in Konrad jenem Beschlusse nachstimmten. Die Unterschiedlichkeit des Verhaltens der Leonberger und der Konradter Innungsmeister darf man so ergründen: In Leonberg ist das gute Brot des Konsumvereins aufgestaut zu haben — in Konrad nicht. — In Urach (Württemberg) setzten die Vätermeister den Preis herauf, der Konsumverein dortselbst tat das nicht mit dem Erfolge, daß der Preis der Väter wieder herabgesetzt wurde. Ein gleiches Gescheh in Göttingen, weil auch dort der Konsumverein die Preisversteuerung nicht mitmachte.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie

Früher brachten die Frühjahrsmonate regelmäßig eine Belebung des Arbeitsmarktes. Dieses Jahr blieb die Besserung des Beschäftigungsgrades aus. In der Metallindustrie brachten die ersten drei Monate eine beträchtliche Vermehrung der Arbeitslosen als auch der Kurzarbeiter. Die im April einsetzende Besserung hielt nicht an. Im Mai nahm die Arbeitslosigkeit aufs neue zu, im Juni und Juli desgleichen. Die Zahl der Kurzarbeiter erfuhr im Juli einen kleinen Rückgang. Der im August einsetzende Rückgang der Arbeitslosen und Kurzarbeiter hielt auch im September an.

Das Auf und Nieder der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband und in den deutschen Gewerkschaften zeigt das Schaubild.



In der folgenden Aufstellung kommt die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im ADGB noch deutlicher zum Ausdruck.

1925	Mitglieder v. H.			1926	Mitglieder v. H.		
	Arbeitslos	Kurz-	Arbeiter-		Arbeitslos	Kurz-	Arbeiter-
April	5,1	6,4	10,5	Januar	18,8	32,8	51,6
Mai	3,6	6,1	9,7	Februar	20,4	34,8	55,2
Juni	3,2	6,4	9,8	März	24,1	38,2	60,3
Juli	3,7	8,0	11,7	April	19,7	28,7	45,4
August	4,5	10,7	15,2	Mai	20,8	28,4	46,0
September	5,1	15,8	21,9	Juni	21,5	27,0	48,6
Oktober	7,8	24,5	31,8	Juli	21,7	26,2	47,9
November	8,4	21,9	33,3	August	20,9	24,0	44,9
Dezember	15,2	30,1	45,3	September	19,5	21,4	40,9

Den hohen Grad der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1926 ergibt ein Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten elf Jahre. Es waren arbeitslos:

Jahr	Arbeitslos	1923	1924
1915	1,6 v. H.	3,2 v. H.	9,4 v. H.
1916	0,8	2,9	17,4
1917	0,2	2,7	6,3
1918	0,4	0,5	1. Halbj. 1926 20,9

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. R. Hegg (Schweiz. Verb.)

Die Wirtschaftlichkeit der Windkraftanlagen

Die Anwendung der Windkraft zur Erzeugung elektrischer Arbeit spielt in der heutigen Zeit, in der mit allen Mitteln versucht wird, die natürlichen Kraftquellen bestmöglich zu verwerten, in den Vordergrund. Eine Rolle, wie eine andere elektrische Versorgung nicht zur Verfügung steht. Es ist dort von Bedeutung hauptsächlich für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, für Landhäuser, Villen usw. Für die Erzeugung der Windkraftwerke sind selbstverständlich vor allen Dingen die örtlichen Windverhältnisse maßgebend. Über diese liegen nun heute weitestgehend genaue Angaben vor, da die meteorologischen Stationen schon seit einer Reihe von Jahren eine Statistik über die Stärke der Winde sowie ihre Richtung und Frequenz in den verschiedenen Gegenden führen. Die Erfahrungen hat gezeigt, daß die Erzeugung von Windkraftanlagen immer dann wirtschaftlich ist, wenn alle zur Verfügung stehende Kraft auch voll ausgenutzt wird, was bei der weitestgehenden Ausnutzung der Elektrizität aber keine Schwierigkeiten macht. Die Wirtschaftlichkeit der Windkraftwerke liegt, abgesehen von den geringen Ausgaben für Bau- und Betriebsmittel, nicht, es sind lediglich die Kosten der Erzeugung und Verwertung des erzeugten Stromes. Eine Windkraftanlage besteht im wesentlichen aus dem Windrad, einer Dynamomaschine und einer Stromableitungsvorrichtung, aus der der Strom für die Verwendung zum Kochen und Waschen, zum Betrieb von Lampen usw. entnommen wird. Als größter Nachteil einer Windkraftanlage kommt es allerdings in der Landwirtlichkeit bei Windstille in Betracht, doch findet hierzu die flache Stromerzeugung nur einige Wochen im Herbst und Winter statt, während im Sommer für Verwendung von Windkraftanlagen und Schutz vor zu stürmischer geringe Strommengen erforderlich sind. Eine son-

ernde und ziemlich gleichmäßige Stromerzeugung stellt neben der Verwendung des elektrischen Stromes dar, was jedoch für die volle Ausnutzung der Anlage meistens auch nicht ausreicht, so daß die überschüssige Kraft noch anderen Zwecken nutzbar zu machen ist.

Dafür kommen verschiedene Möglichkeiten in Betracht. So kann zum Beispiel für die Hauswassererzeugung eine elektrisch betriebene Pumpe eingerichtet werden, die selbstständig arbeitet und das Wasser entweder in einen Hochbehälter fördert oder über einen Druckkessel den Wasserdruck erhöht. Auch für die Bewässerung der Felder und Gärten in regenarmen Zeiten kann diese Pumpe benutzt werden, nur auch sie dann selbstständig gebaut werden. Decentige flüssliche Verregungs- und Verbilligungsanrichtungen sind vielfach schon zur Einführung gekommen. Die zur Entleerung der Wassergrube zu verwendende Pumpe kann entweder unmittelbar oder durch einen transportablen Motor angeschlossen werden, der auch zum Antrieb anderer Arbeitsmaschinen, die nicht gleichzeitig gebraucht werden, dient. Bei der Verarbeitung der Holz wird die Elektrizität herangezogen und zum Antrieb der Zentrifugen, des Brettsäges, zum Sägen von Sägen und Entschärfen der Wägen. Auch der Kompressor für die Holzbohrmaschinen-Anlage ist elektrisch anzuschließen. In der Landwirtschaft kann die elektrische Arbeit nutzbar gemacht werden zum Antrieb der Mähmaschinen, zur Verrichtung von hartem Laub mittels Heißwasserprüfers, ferner zum Viehputzen, zur Reinigung von Maschinen der Blätter, endlich zum Antrieb der Reismaschinen, der Mangel, der Nähmaschine, des Nähfußes oder der Nähmaschine. Während die bisher aufgeführten Arbeitsmaschinen und Geräte zum großen Teil fast täglich, wenn auch nur für kurze Zeit benötigt werden, sind andere Arbeiten in größeren Zwischenräumen vorzunehmen. Es kommen hier insbesondere Transportvorrichtungen in Betracht: zum Beispiel Einkanntige Elektrorennen oder elektrische Schopper, deren Vorteile während der Nachtzeit geladen sind. Die einfachste, eine große Vorrat von Verwertungsmöglichkeiten für die vorhandene Energie, so daß die volle Ausnutzung der Anlage gefördert ergibt.

Erfahrungen mit einem neuen Motor Schiff

Das vor einiger Zeit von der Weserwerft erbaute Motorschiff Barbara hat kürzlich eine Reihe von Probefahrten ausgeführt, die einen technischen Erfolg bedeuten. Das Schiff wurde vom Reichsmarineminister in Auftrag gegeben, um festzustellen, ob sich das Pleitnerprinzip auf Motorschiffe von normaler Größe und Bauart anwenden läßt. Die Probefahrten zeigten, daß der Pleitnertrieb sich ganz zuverlässig durchführte läßt bei Schiffen von der Größe der Barbara, die 2800 Tonnen saßt und somit bedeutend größer ist als das erste Pleitnerschiff, die Baden-Waden. Ebenso wie dieses als Einschraubenschiff gebaut, besitzt es zwei Dieselmotoren von je 500 PS normaler Leistung und drei Rotoren, die aus Maria-Metall bestehen, einer aluminiumhaltigen Leichtlegierung mit Festigkeitseigenschaften gleich dem des Stahls. Die Geschwindigkeitsergebnisse wurden bei Windstärke 4 ausgeführt, die für die beste Ausnutzung des Pleitnerprinzips fast etwas zu schwach ist. Testenergebnis ergab sich, daß die durch die Rotoren erzielte zusätzliche Leistung ganz beträchtlich ist. Mühte man beispielsweise, um bei gewöhnlicher Fahrt die Geschwindigkeit von 9 auf 10,5 Seemeilen in der Stunde zu erhöhen, die Maschinenleistung von 1000 auf 1500 PS steigern, so ließ sich bei der Fahrt mit den Rotoren dieselbe Geschwindigkeit erreichen, wobei aber die für die Drehung der Rotoren verbrauchte zusätzliche Leistung nur insgesamt 50 bis 60 PS betrug. Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß die Rotoren als Hauptantrieb überhaupt nicht mehr in Betracht kommen, sondern nur noch als zusätzliche Leistung. Eine Meinung über den wirtschaftlichen Wert dieses zusätzlichen Antriebes wird sich jedoch nur nach längeren Erfahrungen gewinnen lassen. Die erst noch zeigen müssen, ob die Pleitnertriebparnisse größer sind als die sonstigen Kosten für den Pleitnertrieb. Es verläutet schon, daß die Heberfirma Siemens, Hamburg, das neue Pleitnerschiff gebaut hat, um es als Mittelmeerfahrer zu erproben. Die Barbara ist abgekehrt von den Rotoren, ein Schweferschiff zu einigen von der Weserwerft für Siemens kürzlich erstellten Motorschiffen und besitzt volle Pleitner-

Warenproduktion und Warenverteilung

Verbilligung durch den Konsumverein

Die Rationalisierung setzt die industriellen Betriebe in die Lage, die bisherige Warenmenge in kürzerer Zeit, mit weniger Arbeitern und geringeren Produktionskosten zu erzeugen. Damit wäre die Grundlage für eine Verbilligung der Warenpreise gegeben, die den Anstoß zu einer Hebung der Nachfrage, Steigerung des Abzuges und erweiterter Produktion mit vermehrter Arbeiterzahl geben könnte. Den Unternehmern fällt es jedoch nicht ein, in dieser Weise vorzugehen und eine Preisverbilligung eintreten zu lassen. Da sich unter diesen Umständen eine Hebung der Nachfrage nicht einstellen wird, werden einfach die durch die Rationalisierung überflüssig gewordenen Arbeiter auf die Straße geworfen und so das bereits vorhandene Misstrauen der Arbeiterklasse weiter vermehrt. Für sie mögen Staat und Gemeindefürsorge sorgen!

Das Verhalten der Unternehmer läßt erkennen, daß der Verkauf der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ihnen keine bessere wirtschaftliche Zukunft vermittelte. In anderen Fällen müßten sie erkennen, daß es ungeschicklich der vorhandenen Wirtschaftslage eine wichtigere und dringlichere Aufgabe geben kann, als die Lebenshaltung und Konsumkraft der breiten Massen zu heben. Die von ihnen angewandte Rationalisierung bewirkt etwas anderes, kehrt ein auf sich richtiges Prinzip in das Gegenteil um und muß zu einer völligen Vernichtung der Konsumkraft führen. Trifft hierin nicht bald eine Änderung ein, so darf man sich von den Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit auf Grund des von ihr aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms keinen Erfolg versprechen. Denn was auf dieser Seite gutgemacht werden kann, wird auf der andern Seite durch die verheerende Rationalisierungspolitik der Unternehmer wieder verpfuscht.

Daß sich in einzelnen Produktionsgebieten die Neigung bemerkbar macht, der durch die Rationalisierung verbilligten Produktion eine Senkung der Preise folgen zu lassen, läßt sich nicht leugnen. Aber diese Neigung ist noch eine außerordentlich schwache. Was übrigens hier an Verbesserungszeichen vorhanden ist, wird durch die auf anderen Gebieten hervortretende weitere Preissteigerung mehr wie ausgeglichen. Hierfür nur einige Zahlen: Die Zuckergüter der Feinwarenpreise — den Stand vom Juli 1914 gleich 100 gesetzt — ist vom Juli 1923 bis Juli 1924 von 150,9 auf 143,1 herabgegangen, wobei sich die Preise für Produktionsmittel von 149,6 auf 143,1, die der Konsumgüter von 151,9 auf 143,0 erniedrigten. Ein ähnliches Bild wie auch die Großhandelszahl auf, die von Januar 1923 bis Februar 1924 von 138 auf 118 herabging. Damit trat jedoch wieder eine Erigerung ein, und am 15. September d. J. erreichte sie bereits wieder den Stand von 127,4. Dem entsprechend ist auch die Reichsindexzahl der Lebenshaltungskosten vom Januar 1924 mit 138,8 bis August auf 142,5 gestiegen, eine Verschlechterung, die sich teilweise infolge der von den Unternehmern durchgeführten Lohnherabsetzungen noch verschärft. Von dieser Verschlechterung wurden besonders solche Arbeiter betroffen, bei denen das Fehlen von Tarifverträgen die Lohnherabsetzungen erleichterte.

Diese Zahlen zeigen, daß nicht nur die Produzenten für den noch immer viel zu hohen Preisstand verantwortlich zu machen sind, sondern auch der Handel — und zwar Groß- und Kleinhandel — hieran in gleicher Weise Schuld tragen. Leider fehlt es in Deutschland an einer zuverlässigen Aufstellung, wie sehr die Profite des Handels zur Verbilligung der Waren beitragen. Daß diese Verbilligung aber eine ganz gewaltige ist, geht aus einer amerikanischen Statistik hervor, wonach der von Groß- und Kleinhandel vorgenommene Profitzuschlag zu den Produktionspreisen bei Kohle, Bauholz, Milchprodukten, Früchten und Gemüse mehr als 50 vH, bei elektrischen Artikeln, Drogen, Möbeln und Metallwaren über 40 vH, Bekleidung, Fleisch und Kolonialwaren 25 bis 32 vH beträgt. Noch ärger ist die Verteuerung durch den Handel gegenüber der amerikanischen Landwirtschaft. Nach einem Aufsatz des Professors F. Tompkins in der Zeitschrift *World Affairs* wird die Erzeugung der amerikanischen Landwirtschaft auf 7,5 Milliarden Dollar geschätzt. Der Handel übernimmt diese Erzeugnisse mit einem Produktionszuschlag von 20 vH für 9 Milliarden Dollar und setzt sie für 22,5 Milliarden, also einem Profit von 150 vH, an die Verbraucher ab.

Es bedarf keiner besonderen Beweisführung, daß die Verhältnisse in Deutschland nicht viel anders liegen, daß auch der deutsche Groß- und Einzelhandel mit viel zu hohen Spannungen rechnet. Und wie die produzierenden Unternehmer, ist auch er bestrebt, diese Spannungen aufrechtzuerhalten. Das geht insbesondere aus der Stellung des Handels gegen die Rationalisierung der Industrie hervor. Es darf als selbstverständlich angesehen werden, daß sich eine Rationalisierung der Wirtschaft nicht darauf beschränken kann, lediglich die Produktion zu beschleunigen und zu verbilligen, sondern auch auf die Warenverteilung ausgedehnt werden muß. Am zweckmäßigsten und billigsten würde sich hiernach der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher stellen, der die Ausschaltung aller unnötigen Zwischenglieder erfordert, wie sie die Konsumvereine herbeiführen suchen. In der

gleichen Richtung gehen die Bestrebungen nach Rationalisierung und Typisierung der Warenherzeugung. Denn je besser sich die unmittelbare Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher erleichtert, um so besser gelingt es, die Zwischengewinne des Handels in Wegfall zu bringen und wenigstens teilweise den Verbrauchern zuzuführen.

Das Mittel zu dieser Einsparung durch Rationalisierung der Warenverteilung geben die Konsumvereine an die Hand, die sowohl als Großverkäufer, wie in steigendem Maße als Selbstherzeuger den heutigen, die Warenverteilung vertickernden Groß- und Einzelhandel zu ersetzen imstande sind. Daß es nicht schon in weiterem Umfange geschieht, liegt sehr wesentlich an dem Arbeiter selbst. Der einzelne Arbeiter verfügt zwar nur über eine verhältnismäßig geringe Kaufkraft, dafür fällt aber ihre Masse um so mehr ins Gewicht. Nehmen wir nur den Verbrauch der in der Krankenversicherung versicherten 17 Millionen Arbeiter an, so ergeben sich nicht weniger als 10,2 Milliarden Mark. Diesen Warenbedarf auf gemeinschaftlichem Wege und zum großen Teil durch Eigenproduktion befriedigt, würde der Arbeiter ein gewaltigen Einfluß auf die Produktion, Lohnfestsetzung, Warenverteilung und Preisgestaltung verschaffen. Das wird leider von den Arbeitern noch viel zu wenig begriffen. Dennoch können sie nicht darüber hinweg, daß neben der Stärkung und Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter die wichtigste Mittelmaßnahme zur Erhöhung der Lebenshaltung und die Besserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse zu fördern.

Englische Arbeiterpartei und Bergarbeiterstreik

Auf dem Kongress der englischen Arbeiterpartei, der jetzt in Margate tagt, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen in Sachen des Bergarbeiterstreiks und seiner Unterstützung. Es war beantragt worden, den Transportarbeitern und Eisenbahnern die Beförderung von Kohle während des Arbeitskampfes zu unterjagen und eine Steuer für die Gesamtheit der englischen Gewerkschaften zu beschließen. Diese Anträge waren von dem Umstand veranlaßt, daß auf englischen Bahnen und Schiffen trotz des Streiks Kohle befördert wird und daß die Weltkohlpreise aus englischen Gewerkschaften viel zu wünschen übrig läßt. Diese Anträge wurden durch die Annahme eines anderen Antrages erledigt, eine Erhebung, die einer Ablehnung gleichkommen ist. Die Ursache der Ablehnung ist nur teilweise in mangelndem Gemeinschaftsgefühl mit den Bergleuten zu suchen, sondern in Schwierigkeiten, die wir am besten klarlegen, indem wir Stellen aus den Reden von zwei Gewerkschaftsführern wiedergeben. Einer dieser, der Eisenbahner J. D. Thomas, sagte:

Wir (der Eisenbahnerverband) haben 45 000 Leute, die seit dem 1. Mai (dem Generalstreik) nicht wieder zur Arbeit zurückkehren konnten. Wagt nicht, angesichts dieser Tatsache von Opfern zu reden. Wir haben 20 000 Leute, die nur drei Tage in der Woche arbeiten. Will irgend einer von euch Kongressvertreter sein, so sage mir, daß es nicht unferne Verbandes erste Pflicht ist, was für die 50 000 unserer eigenen Mitglieder zu schaffen, die erwerbslos sind?

Der Führer der Transportarbeiter, Ben Elliot, erklärte: Unser Verband hat für diesen (Bergarbeiter-)Streik eine Million Pfund (20 Millionen Mark) gespendet. Wir haben eine halbe Million Pfund Schulden. Wir haben 80 000 Leute ganz arbeitslos und 100 000 Kurzarbeiter. Sechs Tausend der Eisenarbeiter sind ohne Beschäftigung und ein weiteres Tausend arbeitet kurz. Unter solchen Umständen ist ein Beitrag für irgendeinen anderen Verband unzulässig.

Verbandsstag der schwedischen Metallarbeiter

Vom 19. bis 25. September tagte in Stockholm der Verbandsstag der schwedischen Metallarbeiter. Anwesend waren neben dem Vorstand 20 Vertreter. Von den ausländischen Bruderorganisationen waren die dänische, norwegische, finnische, holländische, schweizerische, österreichische, tschechoslowakische, die Zentrale des russischen Metallarbeiterverbandes und die deutsche vertreten. Letztere durch das Vorstandsmitglied Erik Kost.

Gewisse E. G. A. n. a. n., Vorsitzender des Verbandes, gab den seit dem Jahre 1922 fälligen Tätigkeitsbericht. In den Jahren 1922 und 1923 hatte die Streik ihren Höhepunkt erreicht. Durch die große Arbeitslosigkeit wurden die Finanzen des Verbandes außerordentlich in Anspruch genommen. Die Lage haben die Unternehmer der Eisenwerke ausgenutzt, indem sie Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen unterbreiteten, die vom Verband abgelehnt wurden. Die Folge war eine siebenmonatige Auspöcherung. Sie wurde mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Die grundsätzlichen Fragen wie auch die Lohnbedingungen wurden durch eine Vereinbarung vollständig befriedigend geregelt. Während der Auspöcherung in den Eisenwerken verurteilten die Unternehmer in der Maschinenindustrie ebenfalls Lohnabzüge durchzuführen. Durch die Gegenmaßnahmen des Verbandes war es möglich, auch für diese Industrie eine Vereinbarung zu treffen, wodurch die Lohnabzüge zurückgenommen wurden. Nochmalige Verurteile der Unternehmer der Maschinenindustrie, beim Jahreswechsel 1923/24 und 1924/25 diese Vereinbarungen zu verschlechtern, wurden zurückgewiesen.

In den letzten Jahren hat sich die Lebenslage der schwedischen Metallarbeiter dadurch gebessert, daß in der Maschinenindustrie die Löhne durchschnittlich um 10 Ore die Stunde gestiegen sind. In den Eisenwerken sind höhere Verdienste erzielt worden durch eine

bessere Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig sind die Kosten für die Lebenshaltung etwas zurückgegangen, wodurch ebenfalls eine Besserung des Lebensstandes erreicht wurde.

Während der Streik ist die Mitgliederzahl von 70 000 auf 53 000 (Mitte 1923) zurückgegangen. Welches Vertrauen der Verband bei den schwedischen Metallarbeitern besitzt, beweist die Tatsache, daß die Mitgliederzahl jetzt wieder auf 76 000 steht.

Die Anträge zum Verbandsstag waren hauptsächlich von innerer organisatorischer Bedeutung. Fast alle Vorschläge der schwedischen Gewerkschaftsbewegung betrafen das Recht für die Verbandsorganisation, daß sie nur einer politischen Partei angeschlossen werden können. Politisch unabhängige Mitglieder haben das Recht, den Verband nicht mitzumachen. Von kommunistischer Seite war der Antrag gestellt, diese Form des politischen Anschlusses zu vermeiden. Der Verbandsstag hat das angelehnt. Weiter wurde beschlossen, daß nur die verschiedenen Zentren Stockholm bis zum 1. Januar 1925 zu einer Vereinigung müssen.

Das bisherige Verbandsstatut von 16 ist auf 15 Jahre herabgesetzt worden. Bei Arbeitsniederlegung dürfen nur über 10 Jahre alte Mitglieder abgemittelt. Ein Antrag, auch den jüngeren Mitgliedern dieses Recht einzuräumen, wurde abgelehnt. Bisher bestand eine unterschiedliche Unterabteilung. Dies wurde aufgehoben und für das ganze Land einheitlich festgesetzt. Arbeitslosenunterstützung wird erst ausgezahlt, wenn das Mitglied 12 Werktage arbeitslos ist. Bisher war eine nebensächliche Arbeitslosigkeit vorgesehen. Nachdem fast alle Arbeiter der schwedischen Metallindustrie organisiert sind, hat der Verbandsstag beschlossen, die 12 Bezirksteilungen, die für die Werbearbeit bestanden, bis Ende 1924 aufzuheben und die noch erforderliche Werbearbeit von der Verbandsleitung befragen zu lassen.

Löhne in Sowjetrußland

Der durchschnittliche Arbeitslohn der Industriearbeiter in der Sowjetunion erreichte, schreibt *Trud*, das Hauptblatt der russischen Gewerkschaften, am 21. August 1923, zum 1. April 1924 69 vH des Vorkriegslohnes, der durchschnittliche Lohn der Metallarbeiter betrug zu diesem Zeitpunkt 83 vH des Vorkriegslohnes, während die Löhne der Arbeiter der leichten Industrie sogar den Vorkriegsstand überstiegen. Gegenüber dem durchschnittlichen Arbeitslohn der Bergarbeiter nur 63 vH des Vorkriegslohnes. Besonders niedrig ist der Arbeitslohn in der Holzindustrie — 61,5 vH des Vorkriegslohnes —, in den Erzgruben 64 vH. Einmal höher ist die Lage in der Kautschukindustrie, aber auch dort beträgt der Durchschnittslohn nur 70 vH des Vorkriegslohnes oder 23,50 Rubel monatlich (Minimallohn). In einigen Bergbaubezirken ist der Arbeitslohn noch niedriger. Beim ersten Lohnvergleich 31 Rubel, beim zweiten 32 Rubel, beim dritten 33,50 Rubel.

Sehr viel niedriger als diese Höhe sind laut *Trud* vom 23. August 1923 die Gehälter der Angestellten. Hierüber schreibt das Gewerkschaftsblatt:

Das durchschnittliche Gehalt eines Aussehers im Fürsorgeamt beträgt 30 Rubel monatlich. Dabei erhalten 37 vH aller Arbeiter nur 15 bis 30 Rubel, wobei wiederum 42 vH aller Gewerkschaftsmitglieder ein Gehalt von nur 25 Rubel erhalten, 32 vH aller Angestellten erhalten 15 bis 25 Rubel, 26 vH 20 bis 25 Rubel. Das durchschnittliche Gehalt der Angestellten erreicht 30 Rubel. Die niedrigen Gehälter dieser Angestelltenklasse sind um so zu beklagen, als diese Angestellten Überstunden leisten müssen, die sich sehr oft auf Anwesenheit und Beiträge entziehen.

Der *Trud* vom 31. August 1923 schreibt über die Löhne in der Metallindustrie: „Grundsätzlich des Reallohnes sind die Arbeiter, den Vorkriegslohn zu erreichen, bisher nur veranlaßt worden. Im 2. Vierteljahr erreichte er nur 74 vH des Vorkriegslohnes.“ Grundsätzlich zeigt die amtliche Lohnstatistik, daß der Metallarbeiter in letzter Zeit eine Senkung erfahren hat. Er betrug (Stromabrechnungen, September 1923, S. 247) im 1. Vierteljahr des Wirtschaftsjahres 1923/24 für die gesamte Industrie 23,33 Rubel monatlich, im 2. Vierteljahr 27,09 Rubel. Aus diesen Angaben der Vorkriegslohnstatistik geht hervor, daß von einem Metallarbeiterlohn von 60 vH der Vorkriegeshöhe nicht die Rede sein kann.

Aber die Unzufriedenheit der Löhne im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sind noch nicht das größte Übel. Der russische Arbeiter muß sich gefallen lassen, daß er für geleistete Arbeit nicht immer seinen Lohn rechtzeitig ausgezahlt erhält. Die Rückständigkeit in der Lohnauszahlung ist ein überaus peinliches Kapitel. Der *Trud* bringt fast in jeder Nummer Berichte über diese Sache. So schreibt er am 3. September 1923:

„Nach Angaben des Zentralkomitees der Holzarbeiter beträgt die Lohnverschuldung der Holzarbeiter an Löhnen und Gehältern 3 Millionen Rubel. In Fabrikenbetrieben und Angestellten jahrenweise 300 000 Rubel, der Rest entfällt auf Bauern und sonstige Arbeiter, die bei der Ernte beschäftigt sind... Trotz aller Versicherungen des obersten Volkswirtschaftsorgans, daß die Verschuldung des Holzstrahls an die Arbeiter Ende August beseitigt werden würde, nimmt sie von Tag zu Tag einen größeren Umfang an.“

Und in der Nr. 188 der *Pravda*, dem Hauptblatt der Kommunistischen Partei, heißt es:

„In einer Reihe von Bezirken ist eine erhebliche Lohnverschuldung der Behörden an die Angestellten zu verzeichnen. Auch die Lohnverschuldung in den industriellen Betrieben ist in einigen Bezirken beträchtlich. Angesichts dieser Lage wendet sich der Zentralrat der Gewerkschaften an alle Gewerkschaftsverbände mit der Aufforderung, der rechtzeitigen Auszahlung des Arbeitslohnes erneut verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken.“

Und der *Trud* vom 1. August läßt sich aus dem Ural berichten: „Mit dem Arbeitslohn steigt es im Ural sehr schlecht, im Westlichen Kreise wird der Lohn bei den großen Zentren schon seit drei Monaten mit einer 8- bis 10- und sogar 12tägigen Verzögerung ausbezahlt. Auf den kleinen Werken stoßen die Lohnauszahlungen nicht nur wochen-, sondern monatelang... Auf den Holzschlägern ist die Lage vollständig katastrophal. So sind auf den Holzschlägern der Permischen Eisenbahn die Löhne für den Februar und März nicht ausbezahlt worden.“

leistung sollte es sich zeigen, daß die Leistungssteigerung durch die Motoren nicht wirtschaftlich ist, so lassen sich diese entfernen, ohne daß der Charakter des Schiffes stark geändert wird.

Verwendungsgebiete des nichtrostenden Stahls

Der nichtrostende Stahl erobert sich immer weitere Verwendunggebiete. Am bekanntesten ist er wohl dadurch geworden, daß gleich in der Anfangszeit der Luftfahrt aus diesem Stahl angefertigt wurden, die selbst von Fruchtsäuren nicht den geringsten Angriff erleiden. Bedeutende Mengen braucht man heute für die Herstellung von Dampfturbinen. Berücksichtigt man die beträchtlichen Kosten, die sich ergeben, wenn eine große Turbine etwas auszubessern oder Einseitiges neuer Schaufeln stillgelegt wird, so versteht man sehr wohl die große Bedeutung solcher Turbinen, deren Schaufeln der Einwirkung von Dampf vollkommen widerstehen. Es werden in der Fachliteratur Fälle erwähnt, daß Turbinen mit Schaufeln aus nichtrostendem Stahl bereits seit vier Jahren im Betriebe stehen, ohne daß sich auch nur die geringste Spur eines Rostanfalles oder einer Ausfällung feststellen ließe. Der nichtrostende Stahl eignet sich nicht nur zur Anfertigung der Schaufeln, sondern auch ganzer Turbinenräder; ferner wird er jetzt ständig für den Bau von Ventilen, Absperrventilen usw. benutzt. Die Widerstandsfähigkeit des nichtrostenden Stahls gegenüber Sulfwasser und sogar Meerwasser eröffnet ihm ein ausgedehntes Anwendungsgebiet im Pumpenbau und überhaupt in der gesamten Hydraulik. Es wird erwähnt, daß die Wellen mancher Zentrifugalpumpen, die bereits während 5 Jahren in verdunstendem und salzhaltigem Wasser liefen, keinerlei Oxidation erkennen ließen, der Stahl zeigte, nachdem man ihn einfach mit einem leuchtigen Schwamm abgewaschen hatte, dieselbe weiche und glänzende Aussehen wie im Augenblick der Neueinstellung der Pumpe. Sehr günstige Ergebnisse liegen auch vor über die Verwendung beim Bau von Schleusen für Seeböden. Im Schiffbau benutzt man heute den nichtrostenden Stahl, dessen mechanische Eigenschaften für die Konstruktion von Propellern, Rumpf und Hilfsraum sind auch zur

Herstellung bestimmter Teile der Torpedos und Unterseeboote. Beim Bau der Explosionsmotoren verwendet man seine Eigenschaften, der Einwirkung hoher Temperaturen zu widerstehen, und stellt aus ihm Auspuffventile her, die noch bis gegen 750° zu funktionieren vermögen, ohne daß man besorgt sein muß, sie könnten infolge von Oxidation undicht werden. Die aus nichtrostendem Stahl gefertigten Kompressorventile, von denen manche bei Temperaturen bis gegen 500° arbeiten müssen, halten am allerbesten dicht.

Nichtrostender Stahl eignet sich ferner zur Herstellung von Spiegelgläsern, da er gerade im polierten Zustande erhöhte Widerstandsfähigkeit gegen Anlaufen besitzt. Sehr geschätzt sind die kleineren Spiegelglasführungen bei den Zahnkränzen und Chirurgien, die ganz großen in der Optik. Die Eigenschaften des nichtrostenden Stahls, der Einwirkung von Säuren, Salzen und Gasen zu widerstehen, wird des weiteren in der chemischen Großindustrie und in der Nahrungsmittelindustrie ausgenutzt, wo viele Apparate oder Apparateile, die bisher aus Glas oder Steinzeug gemacht wurden, nun aus dem neuen Stahl bestehen. Sie zeichnen sich durch große Sicherheit aus und können außerordentlich dünn ausgeführt werden. Auch in der Kunstschlosserei werden solche Stahlformen benutzt, um eine große Zahl der verschiedensten Teile, wie Handgriffe, Haken, Schlüssel, Klappen, Stangen herzustellen, sei es durch Ausschneiden, Treiben oder Ziehen. Aus dieser kurzen Zusammenstellung geht schon hervor, daß die Einführung des nichtrostenden Stahls auf sehr vielen Gebieten erhöhte Wirtschaftlichkeit bedeutet, indem der Verlust an Metall durch Rostrost hinfänglich und auch an Zeit gespart wird, die sonst für das Instandhalten und Reinigen einer Anzahl von Apparaten aufzuwenden ist.

Rundfunkanlagen für Anstalten

Radio ist heute Trumpf. Rundfunkanlagen sind nicht nur in großer Zahl in Privatwohnungen zu finden, sie bürgern sich immer mehr auch in großen öffentlichen und kommunalen Anstalten ein: in der Unterweisung ist Radio ein guter Zeitvertreiber, in den Kranken-

häusern kann er den Kranken vielfach Freude bereiten und dadurch heilsam wirken, in den Fürsorgeanstalten vermag er sicherlich einen besseren Einfluß auf die Jüglinge auszuüben und in den Frauenhäusern und großen Schulen ist er ein ständiger, einen trefflichen Lehrmeister abzugeben. Zweckmäßig werden Anlagen für Anstaltsrundfunk nicht nur zahlreichen Empfangsstellen versehen, sondern mit einer zentralen Empfangsrichtung ausgerüstet. Dies ist nicht nur der Kosten wegen vorzuziehen, sondern hauptsächlich deshalb, weil das Bedienen vieler Empfangsrichtungen das Personal zu sehr belasten würde. Eine zentrale Empfangsanlage bietet aber auch noch den Vorteil, daß man für sie den günstigsten, das heißt einen möglichst störungsfreien Platz ausfinden kann. Ferner kommt hinzu, daß man nur die einfache Sorge zu zahlen braucht. Eine bekannte Firma hat kürzlich in der Höhe von Berlin in einer großen Landesanstalt eine solche zentrale Rundfunkanlage geschaffen, durch die 30 Lautsprecher oder 600 Kopfhörer oder eine entsprechende Zusammenstellung von beiden betrieben werden können. Die Einrichtung ist so getroffen, daß an die Antenne zunächst ein Röhrenempfangsgerät mit Hochfrequenzverstärker und Audion angeschlossen ist; an die Stelle des gewöhnlichen Niederdruckers ist ein besonderer Leistungsverstärker getreten, der auf einen Transformator arbeitet, und an den Transformator endlich sind die Verteilungsleitungen angeschlossen, von denen die Leitungen abgehen, die die zentrale Empfangsanlage mit den Hörstellen verbinden. Die in den einzelnen Sälen vorhandenen Steckdosen sind so eingerichtet, daß sie wohlwollig zum Anschluß von Kopfhörern oder Lautsprechern benutzt werden können. Statt auf dem Rundfunkempfänger kann der Leistungsverstärker auch auf ein Aufnahmegerät übertragen werden. Man gewinnt durch diese Umgestaltung die Möglichkeit, statt der Rundfunkdarbietungen sonstige Vorträge oder Mitteilungen den Zuhörern und dem Personal zu übermitteln und zwar so, daß zum Beispiel ein Anstaltsarzt in einem Saale einen Vortrag hält und die Lautsprecher den in den Sälen versammelten Kranken und Pflegenden den Vortrag gleichzeitig zu Gehör bringen.

Die SPD beim Hafnarbeiterausstand

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Die Hamburger Hafnarbeiter hatten beschlossen, ihren Lohnsatz zu kündigen. Auf Grund des umfangreichen Tarifvertrages mit verschiedenen Bestimmungen gestalteten sich die Verhandlungen sehr langwierig. Als auch vor dem Schlichtungsausschuss eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde die Angelegenheit vor den Hamburger Schlichter gebracht. Der Hamburger Schlichter nahm denselben Standpunkt ein wie der Schlichtungsausschuss. Er ließ, von ungewichtigen Änderungen abgesehen, den Lohnsatz in seiner alten Form weiter in Geltung. Die Hafnarbeiter beschloßen dann mit der statutarisch notwendigen Mehrheit den Streik. Bevor es jedoch (am 1. Oktober) zur Arbeitsniederlegung kam, griff der Reichsarbeitsminister ein. Er entsandte seinen Vertreter, Oberregierungsrat Dr. Grabein, nach Hamburg. Auch dieser konnte die Gegenstände zwischen den Parteien nicht überbrücken. Trotzdem ihm bekannt war, daß der Hafnarbeiterverein, also die Unternehmenseite, sich einem Schiedsspruch fügen würde, berief er eine Lohnhöhung aus, lehnte Dr. Grabein es ab, einen solchen Schiedsspruch zu fällen wegen der nach seiner Meinung für die ganze Wirtschaft entstehenden Folgen. Ohne ein praktisches Ergebnis erzielt zu haben, fuhr er nach Berlin zurück, von wo dann am Nachmittag des 30. September die vom Reichsarbeitsministerium ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung eintraf.

Bemerkenswert sei noch, daß gleichzeitig mit diesem Befehl die Verbindlichkeitsklärung für die Gewerkschaften bei dem Hamburger Schlichter eingegangen ist. Die organisierten Hafnarbeiter nahmen dann in einer Versammlung Stellung zu der Angelegenheit. Die erbitterte Stimmung unter den Hafnarbeitern kam durch zum Ausdruck, daß diese Versammlung, als sie ordnungsgemäß geschlossen worden war, von einem Versammlungsteilnehmer wieder neu eröffnet wurde und dann in dieser neu eröffneten Versammlung die Wahl einer Streikleitung zustande kam. In dieser kam der kommunistische Einfluß bald zum Ausdruck.

Der Hamburger Hafnarbeiterstreik war für die kommunistische Partei eine Gelegenheit, wieder einmal den Versuch zu unternehmen, ihre parteipolitischen Ziele zu einem Erfolge zu bringen. Die kommunistische Hamburger Volkszeitung brachte sowohl in ihren orientierten als auch in unorientierten Sonderausgaben mit dem Namen der SPD unterzeichnete Aufrufe, wonach sie die Führung des Streiks zu übernehmen durchaus bereit sei. In diesen Aufrufen wurde gefordert, daß alle zurzeit in irgend einer Lohnbewegung stehenden Gruppen, wie die Werftarbeiter, Werkschreiber, Bauarbeiter und die Wäcker, sich mit den Hafnarbeitern zu einer einzigen Kampffront zusammenschließen sollten.

In kommunistischen Kreisen wird immer der breite Frontkampf als das notwendige und einzig erfolgreiche Mittel hingestellt. Allerdings muß dabei festgehalten werden, daß die von dieser Seite betriebene Taktik auch nur dieses eine Mittel anzuwenden vermag. Wenn in den Versammlungen, wo die kommunistisch denkenden Arbeiter zufällig eine Mehrheit haben, die Kündigung eines Lohnsatzes mit der an sich richtigen Begründung der niedrigen Löhne, aber nur unter dem Gesichtswinkel der revolutionären Auswertung beschlossen wird, so muß das zwangsläufig dazu führen, daß man sich einmal an die staatlichen Schlichtungsstellen flüchtet, und wenn diese nicht nach den Wünschen der Arbeiter gehandelt haben, an die Solidarität anderer in einer Bewegung befindlichen Arbeitergruppen appelliert. Beides ist ein großer Fehler. Die Anwendung der staatlichen Schlichtungsstellen wird nur dann den gewünschten Erfolg bringen können, wenn eine Bewegung mit den notwendigen organisatorischen und tatkräftigen Vorbereitungen eingeleitet ist. Wenn man den Arbeitern fortgesetzt sagt, ihr allein werdet nicht zum Ziele kommen, sondern ihr müßt die anderen mit hineinziehen, verdrängt man den gewerkschaftlichen Kampfesgeist. Der Arbeiter, dem immer gesagt wird, er sei auch in der Führung des Kampfes darauf angewiesen, daß andere Gruppen zu dem gleichen Frontangriff übergehen, verliert sein gewerkschaftliches Selbstbewußtsein. Er vergißt, daß die übrige Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch dann in seinem Kampfe durch den gewerkschaftlichen Zusammenstoß solidarisch handelt, wenn sie sich nicht ebenfalls gleich mit in den Streik begibt.

Aber die von kommunistischer Seite empfohlenen Kampfmittel sollen ja in der Hauptsache auch nur Gelegenheiten geben, den Massen zu sagen, daß „Verrat der Führer“ vorliegt. Obwohl die SPD immer wieder erklärte, sie führe den Kampf, und obgleich die Abstinenz über den Abbruch des Kampfes ohne jedes Zutun der Gewerkschaften zustande kam, haben nach einem am 6. Oktober in der kommunistischen Hamburger Volkszeitung erschienenen Aufruf der kommunistischen Partei, Bezirk Haffensleben, diese Verbände „Führer“ die Streikfront erdolcht. Aus diesem Aufruf geht auch hervor, zu was der Streik den Kommunisten dienen sollte, nämlich zur Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Im Anschluß an diesen Aufruf werden die Unorganisierten in einem besonderen Aufruf aufgefordert, in die Gewerkschaften einzutreten, um die „verräterischen Führer“ davon zu jagen und die Gewerkschaften zu Klassenkampforganen zu machen.

Wir wollen zu allem Überflusse noch hinzufügen, daß die Gewerkschaften Klassenkampforganen sind und daß sie täglich, ohne davon großartig zu reden, Klassenkampf in höchster Form führen. Aber kann die Aufforderung, in die Gewerkschaften einzutreten, von den Unorganisierten ernst genommen werden, wenn ihnen mit der Aufforderung gleichzeitig gesagt wird, daß die Gewerkschaften nichts taugen? Was des Rabels Kern ist, sieht man aus der Ausgabe der genannten Zeitung vom 7. Oktober. Da steht eine Aufforderung an die sozialdemokratischen und parteilosen Hafnarbeiter, worin sie aufgefordert werden, der kommunistischen Zeitung zu schreiben, welche Lehren sie aus dem Hafnarbeiterstreik gezogen haben und wie sie über das Verhalten der „sozialdemokratischen Verbände“ denken. Der Streik wird dabei noch, daß diese Führer auf den Streik auch ohne Klassenkampforganen verschlüsselt werden.

Der Streik haben wir in der Arbeiterbewegung noch nicht erlebt. Eine politische Partei, die für sich in Anspruch nimmt, Vertreterin der Arbeiterklasse zu sein, fordert Andersdenkende zur Demagogik auf.

Da zurzeit von der Reichsregierung belächelt Lohnpolitik wird, natürlich von den Gewerkschaften nicht ohne weiteres hingenommen werden können. Solange aber die Gewerkschaften Erfolg haben, dann ist es notwendig, daß sie alles tun, um eine Einigung in ihre Angelegenheiten herbeizuführen. Es muß alles getan werden, um das gewerkschaftliche Selbstbewußtsein bei einzelnen Arbeitern zu heben. Er muß wieder zu der Erkenntnis kommen, daß auch dann, wenn er mit einer kleineren Gruppe sich im Streik befindet, dieser Streik durchaus zum Erfolg führen kann, daß ferner der Erfolg einer kleinen Gruppe für die Befreiung der Lebenshaltung der Arbeiter auch ein Sachziel bedeutet und daß aus diesen Gründen auch die nicht an dem Streik beteiligten Gewerkschaften mit ihm handeln müssen.

Mit dem wilden Streik der Hafnarbeiter, wovon unser Hamburger Kollege verschiedentlich berichtet, beschäftigt sich auch die Bergwerkszeitung am 9. Oktober. Wir geben diese Aufzeichnung des Unternehmens als ein Beispiel an, was man bei der Organisation des Streiks beachten muß. Die Arbeiter sind in der ersten Phase des Streiks sehr unruhig, wie das Unternehmen zeigt, wie diese von Hamburg gegen die Arbeiterzeitung und ihre Organisationsorgane geschickt. Nach einer langen Einleitung heißt es in der Bergwerkszeitung:

Am 1. Oktober fand eine Versammlung der Hafnarbeiter statt. Es wurde hierbei folgende Einigung erzielt:

Die Versammlung... nimmt mit großer Empörung davon Kenntnis, daß durch die ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers vom 30. September durch den Reichsarbeitsminister die Arbeiterzeitung in der ersten Phase des Streiks... behindert werden ist. Sie fordert von den Organisationsorganen der Gewerkschaften sowie von den politischen Arbeiterpartei, alle Maßnahmen zu ergreifen, die der Arbeiterzeitung das Streikrecht sichern und es ihr möglich zu machen, daß ihrer Organisation bei der Durchführung des Streiks jegliche Hindernisse beseitigt werden können.

Diese Entscheidung zeigt, wohin die Reise gehen soll. Man will sich das Schlichtungsstellen und Verbindlichkeitsklärungen von Schiedsprüchen gefallen lassen, solange es in den eigenen Streik paßt, will aber trotz Verbindlichkeitsklärungen streiten dürfen, sobald man den ergangenen Schiedsspruch unangenehm empfindet.

Vollerends „Kassisch“ war aber dann noch der Fortgang der genannten Versammlung. Nach Annahme der Entscheidung wurde die Versammlung formell geschlossen. Die Gewerkschaftsführer verließen den Saal. Darauf wurde die Versammlung neu eröffnet. Einmütig wurde beschlossen, trotz der Verbindlichkeitsklärung den Streik ohne die Gewerkschaften aufzunehmen, also in einen sogenannten „wildem“ Streik zu treten. Dementsprechend wurde eine Streikleitung gewählt und eingesetzt.

Natürlich wurde von der Streikleitung versucht, auch andere Arbeitergruppen... mit in den wilden Streik hineinzuziehen. Diese Versuche mißlang. Gleichzeitig bemühten sich die Kommunisten, die Führung des Streiks in die Hand zu bekommen. Herr Thälmann wurde höchst persönlich nach Hamburg geholt. Eine kommunistische Massenversammlung wurde abgehalten. Mit Donnerstimme verkündete Herr Thälmann, daß die SPD der Streikleitung 10 000 M zur Verfügung stellt. Darüber tosender Beifall. Anscheinend konnte sich in der Versammlung des Herrn Thälmann niemand ausrechnen, was 10 000 M für die Finanzierung eines Streiks von etwa 18 000 Hafnarbeitern bedeutet!

Welche Lehren ergeben sich aus diesen Hamburger Vorkommnissen? ... Sollten sich derartige Vorfälle der Mißachtung verbindlicher Schiedsprüche häufen, dann wird es unbedingt notwendig sein, zunächst einmal die Schadenersatzpflicht anzuerkennen für diejenigen, die trotz Verbindlichkeitsklärung streiken oder ausperren. Diese Schadenersatzpflicht trägt im vorliegenden Falle die wilde Streikleitung.

Erwerbslosenunterstützung bis zu 52 Wochen

Die Dauer der Erwerbslosenunterstützung beträgt gemäß § 18 EStG innerhalb von 12 Monaten 26 Wochen. Abweichungen hiervon kann der RM bestimmen. Dies ist geschehen mit Rundschreiben des RM vom 30. März 1926. Darin verfügt der RM gemäß § 18 Abs. 2 der EStG, daß mit Rücksicht auf die Fortdauer der hohen Erwerbslosigkeit eine Verlängerung der Unterstützungsdauer um 13 Wochen auf 39 Wochen erfolgt. Außer dieser Unterstützungsdauer von 39 Wochen hat der Vorsitzende des Arbeitsnachweises zwecks Vermeidung unbilliger Härten gemäß § 18 Abs. 3 EStG das Recht, die Dauer der Unterstützung über das zulässige Höchstmaß hinaus um 13 Wochen zu verlängern. Diese Verfügung besagt also, daß der Vorsitzende des Arbeitsnachweises berechtigt ist, die Unterstützungsdauer bis zu 52 Wochen zu verlängern. Auch zu dieser Möglichkeit nimmt der RM in seinem Rundschreiben vom 30. März Stellung, indem er sagt:

Das weitere empfehle ich mit Rücksicht auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes dringend, von der in § 18 Abs. 3 gegebenen Möglichkeit, daß die zur Entscheidung über die Unterstützung zuständigen Stellen die Fürsorge über die neundreißigtägige Woche hinaus bis zur Dauer von 52 Wochen verlängern können, weitestgehend Gebrauch zu machen. Ich bitte, mir baldmöglichst mitzuteilen, was in dieser Richtung im einzelnen geschehen ist und, soweit kein Gebrauch davon gemacht wurde, warum davon Abstand genommen werden konnte.

Diese Verfügung des RM möge den Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise immer wieder eingehend werden, damit sie bei ihren Entscheidungen über die Verlängerung der Unterstützungsdauer über 39 Wochen hinaus auch wirklich im Sinne des RM weitestgehend verfahren. Eine Bedrückung dürfte wohl in allen Fällen vorliegen, wenn ein Erwerbsloser gezwungen war, 39 Wochen lang nur von der Erwerbslosenunterstützung sein Leben zu fristen.

Karl Severing und Albert Grzesinski

Der preussische Innenminister Karl Severing hat sein Amt niedergelegt. Dies soll nach der landläufigen Ansicht wegen seiner geschwächten Gesundheit geschehen sein. Nun ist zwar allgemein bekannt, daß Severing seit längerer Zeit schon körperlich schlecht zugeht ist, was nicht wundernehmen kann bei dieser Härte von Arbeit und Angriffen, unter denen der Innenminister zu leiden hatte. Allein, neben der landläufigen Ansicht geht auch die Mitteilung einher, daß zwar die schlechte Gesundheit bei dem Rücktritt mitgespielt habe, die Hauptgründe aber seien Meinungsverschiedenheiten Severings mit seinen Ministerkollegen über die große Koalition und besonders über die Abfindung der Hohenzollern. Dieser Mitteilung wohnt viel Wahrscheinlichkeit inne. Wir können es unsern geschätzten Kollegen Severing wohl nachfühlen, daß es ihm unangenehm ist, der Fürstenabfindung zuzuhilfen, die die preussische Regierung ihrem Landtage jetzt vorgelegt hat. Eine solche Abfindung wird von der gesamten Arbeiterklasse unmissverständlich verurteilt. Und wenn Severing, wie es heißt, wegen dieser Art von Abfindung hauptsächlich zurückgetreten sein sollte, dann wird die Jüngerung, die er in allen Lagern der Arbeiterklasse hat, noch mächtiger steigen.

Severing ist von unserm Fleiß und Blut. Dieser schlichte Schloßherr hat gezeigt, daß es nicht blaublütiger Herkunft und des bürokratischen Ohrentrotts bedarf, um etwas zu leisten. In der kaiserlichen Zeit galt der preussische Innenminister als Mann mit staatsmännischer Reife und Fähigkeit. Daß alle die, die von der kaiserlichen Regierung zum Innenminister ernannt wurden, nicht viel mehr als aufgeschleppte Frösche oder müde Entenfüßel waren, sieht man jetzt erst eigentlich, wo man Severing als Vergleichsmaßstab hat. Was dieser Arbeiter in sechs Jahren, in hiesem Sturm, unablässig der Verleumdung und den Angriffen auf sein Leben ausgesetzt, vollbracht hat, ist einfach erstaunenswert. Mit voller Berechtigung wird er als ein Staatsmann großen Formates und als der Befähigter der republikanischen Staatsform gepriesen. Um so mehr beklagen wir seinen Rücktritt und wünschen inbrünstig, daß er bald wiederkehren möge.

In Severings Nachfolger ist Albert Grzesinski ernannt worden. Auch er ist Metallarbeiter. Er war Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Offenbach und in Kassel. Mit Ausbruch der Revolution wurde er in den Staatsdienst berufen, wo er verschiedene Ämter bekleidete. Zuletzt wurde er mit dem wichtigen Posten des Berliner Polizeipräsidenten betraut. Obwohl diese letztere Tätigkeit nur knapp 1 1/2 Jahre währte, konnte festgestellt werden, daß er die Polizei der Reichshauptstadt in ein fortschreitendes Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung gebracht hat.

Karl Willemsmann, Osnabrück

Mit den Worten „So, ist hart nicht mehr!“ warf am 14. Dezember 1926 in der Generalversammlung unserer Osnabrücker Verwaltungsräte der Vorsitzende, Herr Willemsmann, die Glorie wider den unter die erregte Versammlung und damit war die Versammlung aus, die Hagen der Erregung glätteten sah. Die nächste Versammlung brachte Frieden und die glatte Erlebung der fröhlichen Tage.

Das Osnabrück kommt jetzt die Stunde, daß der alte Kampf wieder die Glorie aus der Hand gibt. Diesmal aber für immer; jetzt tut es leidenschaftlich nicht mehr. Unsere Osnabrücker Kollegen haben somit den Scheitern ihrer Revolution und deren langjährigen 1. Vorsitzenden verloren. Am 6. Oktober ist der Osnabrücker nach langer, hiesigeren Kämpfenlager verschieden. Der Verstoß wurde 1861 in Hagen in Besitz genommen und zum Ende der achtziger Jahre unter dem Wüten des Sozialistengesetzes nach Osnabrück. Willemsmann war schon seit 1884 Mitglied der Sozialdemokratie und arbeitete mit Unterstützung für die Arbeiterbewegung. Der „heiligen Genossenschaft“, die sich diesen stillen, unermüdbaren Streiter auf dem Namen genommen hat, hat er manchen Streik geleitet. Als das Sozialistengesetz fiel, gründete er einen Fachverein der Hagenaner, der sich dann unter Willemsmanns Führung zum Arbeiterverband Osnabrück aufbaute. Ihn ist er bis zu seinem Tode im Leben geblieben. In allen Sparten der Arbeiterbewegung hat er seinen Namen gefunden. Auch in seiner Familie herrschte Ordnung. Von Hagen nach Osnabrück, die mit der Mutter zusammen am Ende dieses Jahres leben, sind zwei Söhne Mitglieder unseres Verbandes. Die Metallarbeiter Osnabrücks haben einen treuen Mitarbeiter verloren, deren Todebedauern geteilt werden wird.

Zwei sechzigjährige Gewerkschafter. Zwei Veteranen der Gewerkschaftsbewegung können bei voller Mächtigkeit ihren 60. Geburtstag feiern. Johann Sasse und Carl Sattler, war schon in 24 Jahren Vorsitzender und Redakteur des Sattlerverbandes. Seine rege geistige Tätigkeit brachte ihn bald in den Vordergrund der allgemeinen Arbeiterbewegung. Als 1903 die Generalkommission von Hamburg nach Berlin übersiedelte, wurde Sasse ihr Mitglied. Von 1906 bis 1921 war er internationaler Sekretär der Sattler. Einziges Mitglied der Sattlerbewegung in Amsterdam. Seine vielseitigen Sprachkenntnisse, die sich im Laufe der Jahre ungeheuer hatten, kamen ihm und der Gewerkschaftsbewegung in seiner Tätigkeit sehr zu nützen.

Eine für die Arbeiterbewegung ebenso verdienstvolle Persönlichkeit ist Hermann Silberstein. Als Gauleiter und Vorstandmitglied des Baugewerksbundes ist er schon die Hälfte seines arbeitsreichen Lebens tätig. Seit 1902 ist er Mitglied des Bundesvorstandes des BGD. Daneben ist er auch politisch immer sehr rege tätig gewesen. Besonders in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter seit 1912 hat er sich der Ämtern der Armen immernoch warm angenommen. Arbeitsreich war das Leben der beiden Veteranen. Arbeitsreich wird es auch noch für die beiden jungen Mütter für die nächste Zukunft sein. Wir wünschen beiden Jubilaren recht viel Glück in ihrem ferneren Kämpferleben.

Unter „Wohltätigkeit des Roten Kreuzes“ schreiben wir in Nr. 3, daß es eine Wohltätigkeitslotterie veranstaltet habe, deren Ertrag der Tuberkulosefürsorge und der Handwerkskultur im Wohnungswesen zugute kommen sollte, für die Tuberkulosefürsorge seien jedoch nur 17 000 M oder 4 vH der Einnahme abgefallen, die anderen 96 vH seien anderen Dingen oder Leuten zugesprochen. Hierzu schreibt uns das Rote Kreuz, Berlin, die Sache sei vom preussischen Wohlfahrtsministerium geprüft und festgestellt worden, daß das Rote Kreuz kein Vorwurf treffen. Der Ertrag habe in erster Linie der Ausstellung „Wohnung und Hausrat“ gedient, lediglich die Hälfte des überschüssenden Ertrages habe dem Roten Kreuz für die Tuberkulosefürsorge zuzuführen sollen. Es sei deshalb nicht richtig, wenn in unserer Notiz (in Nr. 3 der WZ) als der einzige Ertrag der Lotterie der Betrag von 17 000 M für die Tuberkulosefürsorge bezeichnet werde.

Darauf haben wir zu erwidern, daß wir gar nicht behauptet haben, die 17 000 M seien der einzige Ertrag gewesen, sondern in unserer Notiz sind ja die sechs Stände nacheinander angeführt, wovon die 420 000 M geflossen sind. Wenn bei einer Wohltätigkeitslotterie mit einer Gesamtsumme (aus den Losen) von 420 000 M 41 000 M an den Staat für die Steuer, 100 000 M für die Verhändler, 71 000 M für die Emmissionsfirma und 67 000 M für die Finanzierung der Ausstellung entfallen, so kann man das zwar auch noch eine Wohltätigkeitslotterie nennen, die Frage ist nur, an wem die Wohltätigkeit geübt worden ist. Es will uns scheinen, daß es besser gewesen wäre, wenn das Rote Kreuz seinen Ruf nicht noch mehr mit solch einer Lotterie beschwert hätte.

Schriftenschau

Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre in der Metallindustrie. Die Nr. 21 vom 9. Oktober ist äußerst wichtig. Sie enthält neben vielen lehrreichen Aufsätzen einen Artikel von Rob. Dörmann über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, ferner eine Arbeit unseres Verbandsjuristen Dr. Ernst Fraenkel über das „Gewerkschaftsproblem auf dem deutschen Existenztag“. Die Kollegen seien besonders darauf hingewiesen.

Die Gemeinde ist die Halbmonatszeitschrift für sozialistische Arbeiter in Stadt und Land, die bei keinem sozialistischen Gemeindevertreter oder Gemeindefunktionär fehlen darf. Die Gemeinde erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet monatlich 90 Pf. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. G. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Das Werkzeugs-Fachblatt für die Werkzeugmacher. Schriftleitung Hans Krosche, Berlin. Erscheint monatlich. Bezugspreis vierteljährlich 2,25 M. Verlag Karl Pataky, Jnh. R. Machig, Berlin W 35, Luisenstraße 2.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphenadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 628 41, S.-A. 628 42, S.-A. 639 90

Mit Sonntag dem 24. Okt. ist der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Oktober 1926 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Wegen der Beitrags-erhöhung
	I	II	III	IV	
Schweidnitz	20	20	15	10	45. Woch

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Sozialgeldern besteht nicht. Die Auszahlung von Sozialgeldern durch die Verwaltungen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Sozialgeldent wird nicht bezahlt“, ist das Auffuchen des Kassiers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Anforderung zur Rechtfertigung:

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Sindenburg:

Der Metallarbeiter Anton Zupol, geb. am 28. August 1889 zu Blawonowitz, Mitgliedsbuch Nr. 5,869 715, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken;
Der Arbeiter Walter Thomas, geb. am 18. Dezember 1901 zu Puschkau, Mitgliedsbuch Nr. 5,890 475, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.
Stuttgart, Rotestraße 16. Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Diamantarbeitern nach Hagen (Firma Meißner u. Kraus) D.;
von Elektromonteurern nach dem Unter-Eißach St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Neuh (Schiffwerft Düsseldorf-Neuh, G. m. b. H.) D.; nach Ratibor 2; nach Reichha in Rumänien D.;
von Stahlarbeitern nach Coswig bei Meissen (Aluminiumwerk Ambos) D.
L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streik in Stadt; St. = Streik; R = Mahregelung; Wt. = Wiltände; A = Auspernung

Verbandsanzeigen

Freies Sozialgeldent kann bis auf weiteres nicht mehr gezahlt werden.
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes Stuttgart, Rotestraße 16